

Es geht nicht um ein paar Millionen mehr fürs Zivile

Plädoyer für einen echten Strategiewechsel

von Thomas Gebauer ■ ■

» Demokratie lässt sich auch in Afghanistan nicht militärisch erzwingen. Umso mehr verwundert, wie sich die Berliner Politik den Ratschlägen der Friedensforschung verschließt. Statt endlich den Weg für eine neue Afghanistan-Politik frei zu machen, hat der Bundestag für die Verlängerung der militärischen Option und sogar eine Truppenaufstockung und zusätzliches Kriegsgesetz entschieden.

Nicht Wiederaufbau steht auf der Agenda des NATO-Engagements, sondern die Vormacht in Zentralasien. Nicht Frieden ist das Ziel, sondern ein von Russland unabhängiger Zugriff auf Öl- und Gastransporte, die Einkreisung des Iran, der Aufbau geostrategisch bedeutsamer Militärbasen. Wie so oft ist Afghanistan ein Pufferstaat, der in erster Linie den Interessen ausländischer Mächte dient. Immer mehr ZivilistInnen, seit Beginn des Jahres 1.400, fallen den Kampfhandlungen zum Opfer. 4,5 Mio. AfghanInnen erleiden Engpässe in der Nahrungsmittel- und Trinkwasserversorgung. Einer Million Kinder mangelt es an ausreichender Ernährung. Daher haben die Menschen das Vertrauen in die Karsai-Regierung, die zu 90% vom Ausland ausgehalten wird, verloren.

Mit der Verelendung des Landes und dem Scheitern des Staatsaufbaus gehen die Voraussetzungen für den Erfolg der internationalen Truppen verloren. Systematisch steuert der Krieg in ein menschliches Desaster. Wer es aufhalten will, muss das verlorene Vertrauen der Leute zurückgewinnen.

» Dazu braucht es starker Signale und das Eingeständnis bisheriger Fehler. Statt militärischer Aufstandsbekämpfung ist zivile Konfliktlösung gefordert, statt Bombardements die Wiederankurbelung der afghanischen Wirtschaft. Unerlässlich sind Verhandlungen auf regionaler und lokaler Ebene mit allen relevanten Kräften, auch den Taliban. Nur mit im Konsens getragenen Gemeinde- und Provinzverwaltungen werden auch Wirtschafts- und Sozialprogramme fruchten. Nur dann kann auch an eine befristete Entsendung von (UN-geführten) Soldaten gedacht werden. Zur Unterstützung der noch fragilen afghanischen Polizei bei der Gewährleistung von Rechtsicherheit, wobei sich eines der heikelsten Probleme stellen wird: die Entwaffnung der Warlords, auf die sich der Westen bisher maßgeblich gestützt hat. Es geht um einen Strategiewechsel, der sich nicht mit ein paar Millionen mehr fürs Zivile begnügt (um damit am Ende doch nur die Wirksamkeit des militärischen Engagements zu steigern), sondern um „Disengagement“ und um politische Lösungen, die von der afghanischen Bevölkerung weitgehend selbst bestimmt werden.

Mit der militärischen Intervention in Afghanistan ist dem Westen eine Verantwortung erwachsen. Zahlreiche AfghanInnen haben die Friedens- und Menschenrechtshetorik für bare Münze genommen und sich im Konflikt mit überkommen geglaubten Strukturen für eine demokratische Zukunft engagiert: Fraueninitiativen, die für ihre Rechte streiten, Selbsthilfegruppen, die Formen solidarischer Ökonomie pflegen, Menschenrechtsorganisationen, JournalistInnen. Sie im Stich zu lassen, wäre der endgültige Verlust jeder Glaubwürdigkeit. ■



➔ Thomas Gebauer ist Geschäftsführer von medico international e. V.

Foto: Privat